

Schiefergas: „Pro“ oder „Contra“?

21.02.2013

Seitdem in der Ukraine begonnen wurde, die Pläne zur Schiefergasförderung umzusetzen, werden neben ominösen ausländischen Kreisen und Personen, hinter denen der Kreml zu stecken scheint, auch eine Reihe ukrainischer politischer Kräfte gegen die Schiefergas-Pläne aktiv. Unter anderem mit dem vollkommen berechtigten Hinweis auf die „ökologischen Risiken“. Es sind eine Reihe von Berechnungen von Experten aufgetaucht, die in Abhängigkeit von ihrem Engagement bei einzelnen Unternehmen, Anspruch auf eine gewisse Unabhängigkeit erheben.

Das polnische Beispiel

Seitdem in der Ukraine begonnen wurde, die Pläne zur Schiefergasförderung umzusetzen, werden neben ominösen ausländischen Kreisen und Personen, hinter denen der Kreml zu stecken scheint, auch eine Reihe ukrainischer politischer Kräfte gegen die Schiefergas-Pläne aktiv. Unter anderem mit dem vollkommen berechtigten Hinweis auf die „ökologischen Risiken“. Es sind eine Reihe von Berechnungen von Experten aufgetaucht, die in Abhängigkeit von ihrem Engagement bei einzelnen Unternehmen, Anspruch auf eine gewisse Unabhängigkeit erheben.

Grundsätzlich gärt innerhalb der ukrainischen Gesellschaft eine andauernde Diskussion um Schiefergas. Es wäre nur wünschenswert, wenn die Gegner dieser Alternative, die diese zu Recht kritisieren, eine Richtung aufzeigen würden, in welche sich der Staat bewegen sollte. Und zwar ungeachtet dessen, wer oder was heute an der Macht ist. Um letzten Endes langfristig die energetische Unabhängigkeit zu erreichen, die uns bislang leider nicht gelang, da wir faktisch seit mehr als 21 Jahren mit den Überbleibseln der von der UdSSR geerbten sowjetischen Wirtschaft leben. Aber die Mehrheit der Politiker denkt mehr an ihr Image als über eine Strategie für die zukünftige Entwicklung der Ukraine nach. Zwei fundamentale Grundregeln sollten dabei allerdings nicht vergessen werden. Erstens: eine für die Umwelt hundertprozentig sichere Technologie existiert nicht, insbesondere bei der Offshore-Förderung, die trotz aller Garantieverprechen gefährlich sein kann, wie die Havarie im Golf von Mexiko 2010 zeigte. Zweitens: Vorkommen zu erkunden und eine industrielle Förderung zu planen, bedeutet noch nicht, auch wirklich Schiefergas abzubauen.

Vor diesem Kontext kann die Analyse der Erfahrungen anderer Länder in diesem Bereich und deren Übertragung auf ukrainische Bedingungen hilfreich sein. Eines dieser Länder ist Polen, das in vielen Merkmalen der Ukraine gleicht und aktuell eine ziemlich aktive Stellung innerhalb Europas in Bezug auf die geologische Erkundung und den Abbau von Schiefergasvorkommen einnimmt.

Sowohl Polen als auch die Ukraine sind bestrebt, ihre Energieabhängigkeit von Russland zu reduzieren, die Schiefergasvorkommen beider Länder werden als vielversprechend bewertet. Nach Schätzungen des polnischen Staatlichen Geologischen Instituts (PiG) betragen die Schiefergasreserven des Landes etwa 5 Billionen Kubikmeter, gemäß den Angaben des US-amerikanischen Energieministeriums mehr als 1 Billionen (im Text 1 Milliarde). Sowohl die eine als auch die andere Ziffer ist ziemlich beeindruckend. Unter Berücksichtigung des durchschnittlichen jährlichen Gasverbrauchs des Landes von beinahe 14,5 Mrd. Kubikmeter könnten die genannten Reserven für mehrere Jahrzehnte den polnischen Bedarf decken, ohne dass das Land auf Gasimporte angewiesen wäre.

Die Reserven der Ukraine werden ähnlich hoch beziffert. Wir stehen zudem vor der Herausforderung, unseren Gasverbrauch auf einen zivilisierten Wert zu reduzieren. Aber dafür ist eine ernsthafte Reformierung bestimmter Wirtschaftsbereiche in der Ukraine, gegebenenfalls einschließlich einer Umprofilierung, erforderlich, insbesondere der chemischen und der Metall verarbeitenden Industrie. Genau damit sollten sich, meinem Verständnis nach, die patriotischen Kräfte in der Ukraine beschäftigen, auch wenn man mit solchen Wahlprogrammen nicht in die nächsten Parlamente einziehen sollte. Aber die Gesellschaft wird in einigen Jahrzehnten solche Initiativen möglicherweise zu schätzen wissen, wie dies beispielsweise in den 90-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit

H. Kohl in Deutschland geschehen war.

Im Falle nachgewiesener Schiefergasvorkommen könnte es auch ohne den Import von russischem Gas gehen. Berücksichtigt man zusätzlich die potenzielle Steigerung der Offshore-Förderung im Schwarzen Meer, den potenziellen Flüssiggasimport sowie die Förderung „konventionellen“ Gases, gäbe es bereits in fünf bis sieben Jahren mehr als ausreichend Gas. Aber erst während der Implementierung dieser Industriezweige können die ökologischen Risiken gebührend berücksichtigt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt werden sämtliche Initiativen nicht von korrespondierenden Investitionen gestützt: sondern von unerhörten Vorschlägen oder leeren politischen Verlautbarungen, von billiger PR oder der Bestätigung unserer Rolle als arme Bittsteller a la „Macht, dass es uns gut geht, aber umweltverträglich“. Womit solche Gesuche enden, ist bekannt – entsprechende Beispiele existieren weltweit, und auch genügend inländische, man diese nur analysieren wollen.

Ergänzend sollte noch bemerkt werden, dass der Preis des polnischen Schiefergases für den Endverbraucher auf 200 bis 321 USD pro Tausend Kubikmeter geschätzt wird. Dies würde erlauben, preislich mit dem russischen Gas auf dem polnischen Markt und auf den baltischen Märkten zu konkurrieren. Die Produktionskosten des ukrainischen Schiefergases werden schätzungsweise in der Nähe der polnischen sein, mit allen dazugehörigen Folgen.

Infolge der genannten Faktoren werden in Polen eine Reihe groß angelegter Projekte im Schiefergasbereich unter Beteiligung ausländischer Unternehmen, die über die erforderliche Technologie verfügen (vor allem aus den USA und Kanada), realisiert. Vor diesem Kontext sollten die kürzlich getätigten Aussagen des Sonderbeauftragten des US-Außenministeriums, C. Pascual, sowohl von der Regierung als auch von der Opposition, die die Möglichkeit besitzt, in der Ukraine zukünftig die Regierung zu stellen, ernst genommen werden. Insbesondere angesichts der Tatsache, dass diese faktisch durch die kürzliche Unterzeichnung von Verträgen mit dem transatlantischen Unternehmen Shell und der prompten Reaktion seitens des Kreml in Form einer Rechnung in Höhe von 7 Mrd. USD bekräftigt wurden.

Speziell in Polen wurden für diese Vorhaben die amerikanischen Unternehmen Exxon Mobil, Chevron und Conoco Phillips sowie die kanadischen Unternehmen Talisman und Nexen gewonnen.

Ferner kann nach Schätzungen polnischer Experten und in Anlehnung an die Erfahrungen in den USA die Schiefergasförderung neben einer alternativen Gasquelle als wichtigstes Ziel eine Reihe weiterer positiver Effekte nach sich ziehen. Diese wird vor allem neue Arbeitsplätze (bis zu 200.000) im Abbau, in der Metallurgie sowie der Energieindustrie, im Maschinenbau, Handel und Dienstleistungsbereich schaffen. Bereits heute sind die Einnahmen der polnischen Regionen, in welchen geologische Erkundungen durchgeführt wurden, um 10-15 Prozent und der Arbeitslohn um 15-20 Prozent gestiegen. Haben nicht erst vor kurzem -vor den Wahlen – von einem solchen sozialen Effekt all diejenigen in der Ukraine gesprochen, die an die Macht strebten – an die präsidentiale oder parlamentarische?

Wie alles Neue wird die Einführung der Technologie zur Schiefergasförderung in Polen von einer Reihe von Problemen begleitet, die die Umsetzung der Vorhaben erschweren. Gerüchten zufolge stellt sich der Kreml dem Übergang Polens zum Schiefergas entgegen; es wird sogar eine konkrete Ziffer in Höhe von Millionen US-Dollar genannt, die angeblich für entsprechende Medienkampagnen ausgegeben wurde. Es werden auch polnische Geschäftskreise genannt, die strategisch am Status quo in Bezug auf die Stellung des russischen Gases auf dem polnischen Markt festhalten wollen. Dies zeigt sich insbesondere anhand einer groß angelegten Werbekampagne zur Diskreditierung der Fördertechnologie unter dem Verweis auf ihre „ökologischen Risiken“, welche in Europa insgesamt und in Polen speziell betrieben wurde.

Infolge dieser Kampagne existieren in der BRD, Frankreich, Bulgarien und Rumänien Förderverbote für Schiefergas sowie Initiativen seitens bestimmter polnischer Polit-Kreise, dessen Förderung auch in Polen zu verbieten. Angesichts dessen sollte noch ergänzt werden, dass eine faktische Unabhängigkeit nie ohne Risiken gelingen kann. Niemand in Europa, u.a. in Polen und noch weniger in Deutschland, denkt über die Umweltschädlichkeit von Kraftfahrzeugen nach. Obgleich diese sondergleichen die Umwelt verpesten, hören weder die Polen, noch die Franzosen oder Deutschen auf, Auto zu fahren und Erdölprodukte zu verbrennen, trotz der Umweltverschmutzung. Es wurde einfach ein akzeptabler Kompromiss gefunden. Es scheint naheliegend, dass

ähnliches im Schiefergasbereich geschehen wird.

Auch die Gegenwehr gegen die Schiefergasförderung ist nicht ungewöhnlich oder neu – der Kreml kämpft um seine Märkte. Und dies offensichtlich auch in der Ukraine. Hier funktioniert dies lediglich noch besser als in Polen, Bulgarien oder sonst irgendwo. Wir sollten einfach, unabhängig davon, wer die Regierung stellt, eine Vision haben und berücksichtigen, dass sich der Gasmarkt noch lange nicht beruhigen wird, wenn überhaupt irgendwann einmal.

Gerüchten zufolge sollen russische Geheimdienste hinter der genannten Kampagne stehen und Vertreter politischer, beratender und ökologischer Kreise der Europäischen Union im großen Stil bestochen haben. Zudem tauchen in den Medien Hinweise auf, dass polnische Geheimdienste eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem russischen Unternehmen Rosneft und dem amerikanischen Exxon Mobil registrieren, unter anderem in Form eines Abkommens zum Austausch von Förderkonzessionen in verschiedenen Regionen der Welt sowie zum gemeinsamen Abbau der Erdöl- und Gasvorkommen in der Arktis, in Sibirien und im Schwarzen Meer. Vor diesem Kontext lässt sich auf den Einfluss Russlands hinsichtlich der Rolle von Exxon Mobil bei den jüngsten Energieplänen in Europa schließen, insbesondere in Polen. Im Großen und Ganzen steht hinter den Aktivitäten bzw. Inaktivitäten von Exxon Mobil in Europa, insbesondere in Polen, Gasprom, insofern als dessen Geschäftstätigkeit hier langfristig für Gasprom nicht vorteilhaft ist.

Daneben stellen die hohen Kosten für die geologischen Erkundungen sowie den Abbau in der Anfangsphase der Schiefergasförderung, die ungenügende Erkundung der Schiefergasreserven auf dem polnischen Gebiet sowie die fehlende erforderliche Technologie in Polen bei der Umsetzung von Schiefergas-Projekte große Probleme dar.

So kostet eine Bohrung zur Schiefergasförderung durchschnittlich ungefähr 10 Mio. USD. Zudem ist für die Umsetzung der Pläne ein mobiles Pipelinesystem zum Anschluss der Förderfelder an das vorhandene polnische Transportnetz erforderlich. Gemäß den Berechnungen polnischer Experten werden für das bis 2025 angestrebte Fördervolumen von etwa 6 Mrd. Kubikmeter jährliche Investitionen in Höhe von 11 Mrd. USD benötigt. Und für die Erhöhung der Fördermenge auf 6,5 Mrd. Kubikmeter bis 2035 weitere 1,5 Mrd. USD pro Jahr. Zum jetzigen Zeitpunkt können weder die polnische Regierung noch einzelne polnische Unternehmen diese Mittel aufbringen, weshalb ausländische Investitionen erforderlich sind.

Zusätzliche Schwierigkeiten bedingt der ungenügend ausgestaltete polnische Gesetzesrahmen in Bezug auf die Schiefergas-Förderung, insbesondere die folgenden Punkte: die ständige Änderung der Umweltauflagen; das komplizierte und zeitintensive Verfahren für den Erhalt von Förderkonzessionen für Schiefergas sowie für den Import der erforderlichen (Bohr-)Technologie, das nicht ausreichend transparente Ausschreibungsverfahren für die Erkundung und den Abbau von Schiefergasvorkommen, die ungelöste Datenschutzfrage in Bezug auf geologische Informationen.

All dies führt zu unterschiedlichsten Spekulationen hinsichtlich der Schiefergas-Förderung und einem erhöhten Risiko für Geschäftstätigkeiten auf dem polnischen Markt. Infolge des oben genannten stellte das amerikanische Unternehmen Exxon Mobil seine Tätigkeit in Polen nach einer Reihe von erfolglosen Erkundungsbohrungen nach potenziellen Schiefergas-Vorkommen ein.

Diese und andere Fragen sind nicht nur für Polen oder die EU relevant, sondern im noch stärkeren Maße für die Ukraine. Daher kann man sich angesichts der aktuellen Regierung nur wundern, dass sie, nachdem sie bei der Unterzeichnung des Abkommens mit dem transnationalen Unternehmen Shell für den Staat den richtigen Schritt getan hatte, so kurzsichtig der aktuellen Opposition und der Welt allgemein Anlass zu Zweifeln gegeben hat, speziell in Bezug auf die Transparenz des Projekts. Shell hat seine Bereitschaft ausgedrückt, trotz der Risiken, in das Vorhaben zu investieren und Gerüchten zufolge an allen möglichen mysteriösen Finanzierungsplänen zu partizipieren, da es so rentabel für das Unternehmen sei. Die Opposition bemüht sich bzw. glaubt, sich um einen positiven Eindruck zu bemühen. Und die Regierung? Wer glaubt an ihren Altruismus? Daher auch all die Gerüchte und vieles mehr, dass sie nicht in der Lage sei, zur Schaffung eines positiven Images der Ukraine beitragen zu können, unabhängig davon, wer heute die Regierung und wer die Opposition stellt.

Aber kehren wir zu Polen zurück.

Mit Hilfe konsequenter Maßnahmen zur Wahrung der nationalen Interessen im Energiebereich werden die genannten Probleme in Polen nach und nach gelöst. So hat die polnische Regierung die Schiefergas-Förderung zu einem strategischen Eckpfeiler in der Energiepolitik des Landes erklärt. Zur Stützung der Projekte in diesem Bereich sind 500 Mio. USD für 2013 aus dem polnischen Haushalt vorgesehen. Eine vergleichsweise geringe Summe, aber ein guter Anreiz, um ausländische Investoren anzuziehen. Und wie viel ist in der Ukraine für Schiefergasvorhaben vorgesehen? Eine rhetorische Frage – Null!

Die polnische Seite versucht aktiv, auf der politisch-diplomatischen Ebene die europäischen Partner vom Nutzen der Schiefergas-Pläne zu überzeugen. Insbesondere die polnischen Abgeordneten im Europaparlament lassen systematisch Runde Tische zur Schiefergas-Problematik stattfinden. Eingeladen werden hierzu andere europäische Abgeordnete, aber auch Vertreter von Regierungen europäischer Länder sowie aus Businesskreisen und akademischen Einrichtungen.

Darüber hinaus hat das Staatliche Geologische Institut Polens 2012 einen Bericht zur Erforschung von Schiefergas in der Woiwodschaft Pommern veröffentlicht. Die polnischen Experten kommen zu dem Schluss, dass die untersuchte Tätigkeit faktisch keine schädlichen Konsequenzen für das Ökosystem der Region nach sich gezogen hat. Insbesondere seien weder die Luftverschmutzung in der Region durch das hydraulische Fracking noch die Methankonzentration im Grundwasser über die Normwerte gestiegen.

Faktisch sind die genannten Untersuchungen die ersten ihrer Art in Europa, die Daten wurden während der Förderung von Schiefergas gewonnen. Die Ergebnisse beweisen, dass die verwendete Technologie keine Gefahr für die Umwelt darstellt. Zudem wurden sämtliche haltlosen Behauptungen zur „Umweltschädlichkeit“ der Schiefergasförderung entkräftet. Zumindest in der genannten Region.

Um die Umweltfrage in Polen endgültig vom Tisch zu holen, wird geplant, entwickelte amerikanische Technologie für Clusterbohrungen einzusetzen, was eine Eingrenzung der für die Förderarbeiten erforderlichen Grundstücksfläche von 1.000 – 1.200 ha auf 50 – 400 ha nach sich ziehen würde. Dabei beträgt die Dauer einer Grundstücksenteignung zur Durchführung der Vor- und Bohrarbeiten bis zu sechs Monate. Nach dem Gasabbau sollen die rekultivierten Grundstücke wieder ihrer früheren Bestimmung zugeführt werden.

Die gesammelten Daten verstärken das Interesse an der Schiefergasförderung in Polen sowohl seitens ausländischer als auch polnischer Unternehmen. Insbesondere die polnischen Unternehmen Orlen, PGNiG und Lotos sowie das kanadische Encana haben Interesse gezeigt.

Angesichts des polnischen Beispiels ändert sich auch das Verhältnis der Regierung Rumäniens, die sich früher aus politischen und ökonomischen Gründen gegen die Umsetzung von Schiefergas-Projekten auf rumänischem Territorium ausgesprochen hatte, zu Fragen der Schiefergas-Förderung. Für die Erkundungsarbeiten beabsichtigt man, das amerikanische Unternehmen Chevron zu gewinnen.

Im Großen und Ganzen zeugen die genannten Faktoren von den guten Perspektiven für die Entwicklung des Schiefergases sowohl in Polen als auch in anderen europäischen Ländern. Dies würde ihnen erlauben, ihre energetische Abhängigkeit von Russland bedeutend zu reduzieren. Zudem zeigt die polnische Seite Interesse an einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Ukraine in diesem Bereich.

So veröffentlichte 2012 das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten einen Bericht unter dem Titel „Die Perspektiven der Förderung und Exploitation von Schiefergas in der Ukraine“, in welchem eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Polen und der Ukraine im Bereich der Erkundung und Förderung von Schiefergasvorkommen in den gemeinsamen Grenzgebieten als vorteilhaft für beide Parteien bezeichnet wird. Diese tangiert insbesondere den Austausch von geologischen Daten und Technologien. Nach Bewertung der polnischen Experten würde dies merklich die Konkurrenzfähigkeit beider Länder als Schiefergasproduzenten erhöhen.

Das polnische Beispiel offenbart die Einseitigkeit der Aussagen der ukrainischen Schiefergas-Gegner, die auf diese Weise den Interessen Russlands in die Hände spielen und Hürden auf dem Weg in die energetische Unabhängigkeit der Ukraine schaffen. Und dies entgegen ihren tatsächlichen Wünsche und Deklarationen.

Zugleich haben die Gegner des Schiefergases in der Ukraine recht und werden zumindest eine Verbesserung der Fördervoraussetzungen, insbesondere die Umweltbestimmungen, seitens der Regierung anregen.

Daher möchte ich noch einmal unterstreichen: man sollte sich immer bewusst sein, dass auch wenn eine industrielle Schiefergas-Förderung irgendwann möglich sein sollte, dies nicht gleich bedeutet, dass dies unter ökologisch bedenklichen Bedingungen geschehen wird. Aber ein solches Argument sollten die Ukraine und Polen in den Gesprächen mit potenziellen Gaslieferanten, inklusive der Russischen Föderation, im Hinterkopf behalten .

Also, bis wann werden wir dümmer aussehen als die Anderen, insbesondere die Russen oder Polen?

8. Februar 2013 // **Bogdan Sokolowskij**

Quelle: [Serkalo Nedeli](#)

Übersetzerin: [Yvonne Ott](#) — Wörter: 2619



Jahrgang 1978. Yvonne Ott hat Slavistik und Wirtschaftswissenschaften an der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg studiert. Seit 2010 arbeitet sie als freie [Lektorin und Übersetzerin](#).

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.